

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Rosastr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riechen.

Postfach: Dresden 1500, Rosastr. 20.

N. 62.

Dienstag, 15. März 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 26 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraumbewerben und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Tarife, bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Lächler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Retentionsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 37. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Große außenpolitische Aussprache.

Von unserem Berliner Vertreter.

zu. In die Politik ist seit der Rückkehr der deutschen Delegation aus Genf wieder Leben gekommen. Die Besprechungen der Minister drehen sich um aktuelle Fragen der Außenpolitik und die Vertreter der Parteien haben sofort die Fühlung mit den deutschen Vertretern gesucht, um noch vor der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses die Fraktionen über Einzelfragen der Genfer Tagung unterrichten zu können. Dr. Stresemann steht sich vor der Presse, dem Stadtrat und der künftigen politischen Welt vor ein Frage- und Antwortspiel gestellt, und er weiß geschickt die Bedenken zurückzuweisen, die anlässlich des Kompromisses in der Tagung von den verschiedenen Seiten gemacht werden.

Der Reichsaussenminister hat sich vor der Genfer Entscheidung mit dem Reichskabinett in Verbindung gesetzt und ihm den Vorschlag unterbreitet, aus besonderen Gründen, die unklar im Nahrungsmittelproblem zu liegen sind, das Saarlandkompromiß zurückzugeben, um die deutsche „Niederlage“ nicht stärker in Erscheinung treten zu lassen. Dr. Stresemann befürchtet nicht, daß er im Streit der Meinungen als Opfer der Situation fällt, da nach seiner Auffassung die übrigen Kabinettsmitglieder den Geist der Genfer Politik und die Arbeitsmethoden der Völker untereinander zu gut kennen, als daß sie nicht wüßten, daß es auch im geistigen Kampf Sieger und Besiegte geben muß, noch dazu, wenn die Übermacht auf der einen Seite sehr groß ist. Schon nach dem Mißerfolg von Thoiry, für den sich Dr. Stresemann ebenfalls nicht verantwortlich fühlt, ist von amtlicher Stelle wiederholt darauf hingewiesen worden, daß es der Reichsregierung nicht an Augenblickserfolgen, sondern an einem festen Neubau der außenpolitischen Orientierung Deutschlands liegt. Die Parteien sind infolge der Aufrichtigkeit des Reichsaussenministers mit ihren Urteilen über das Genfer Ergebnis sehr zurückhaltend, und die große außenpolitische Aussprache im Reichstag, die anlässlich der Besprechung des Etats des Auswärtigen zu erwarten ist, wird bereits die Wirkung der Stresemannschen Berichte über die Aussichten der deutsch-französischen Verständigung zeigen. In der Opposition beschäftigt man sich viel mit der Frage, ob die Deutschnationalen sich mit dem Genfer Ausgang zufrieden geben werden, oder ob Dr. Stresemann neue Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden sollen. Abgesehen von einigen Blättern, die den völkischen Flügel der Deutschnationalen vertreten, scheint man bereit zu sein, auf eine heftige Debatte im Gesamtinteresse der deutschen Außenpolitik zu verzichten. Die deutschnationalen Parteimitglieder hat für den Dienstag eine Sitzung anberaumt, um das Genfer Resultat und seine Auswirkungen auf die deutsche Innenpolitik zu besprechen. Spätestens am Mittwoch wird man im Reichstage übersehen können, wie die politischen Parteien sich zu den Genfer Kompromissen einstellen. Innerhalb der Regierung glaubt man, daß die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses keine heftigen Auseinandersetzungen bringen wird, und daß auch die Staatsberatungen in der kommenden Woche in ruhigen Formen vor sich gehen können. Im großen und ganzen sind die Wünsche der Parteien hinsichtlich der Verständigung mit den Nachbarvölkern erfüllt worden. Die deutsch-polnischen Verhandlungen werden in Kürze wieder aufgenommen und es besteht nunmehr die Aussicht, daß der Wirtschaftskrieg zwischen Deutschland und Polen ebenfalls ein Ende findet und neue Absatzgebiete für die deutschen Industrieprodukte sich eröffnen. Das gleiche trifft für den Westen zu, wo die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen weiter einen günstigen Verlauf nehmen. Damit wird auch die Politik des Reichswirtschaftsministeriums endlich die Früchte bringen können, die man im deutschen Wirtschaftsleben seit Jahren erwartet.

Gegen die Kartelle.

ada. Berlin. Zur zweiten Lesung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums ist im Reichstag eine Entschließung Müller-Franke (Soz.) und Kemmer (Dem.) eingebracht, worin die Reichsregierung ersucht wird, im Hinblick auf die ständig gefährliche werdende Wirksamkeit der Kartelle und ähnlicher Monopolorganisationen, die sich durch ihre monopolistische Beherrschung des Marktes nicht nur zu einer großen Gefahrenquelle der weiterverarbeitenden Industrie auswachsen, sondern auch durch die Hochhaltung und Unterdrückung hoher Preise den Warenverbrauch und die Lebenshaltung des Volkes verteuern, die Befreiung unserer Wirtschaft und die Unterbringung der Erwerbslosen verhindern, 1. dem Reichstag eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Errichtung eines Kontrollamtes für Kartelle und alle Unternehmungsorganisationen oder Unternehmensanordnungen, die nach Größe und Art geeignet sind, einen wesentlichen Einfluß auf den Markt ausüben, 2. bei der Weltwirtschaftskonferenz dahin zu wirken, daß unter Mitwirkung des Völkerbundes Vereinbarungen der Staaten über die Kontrolle internationaler Monopolorganisationen, insbesondere auch über die Geschäftspolitik der Rohstoffmonopole, getroffen werden.

Dr. Stresemann beim Reichspräsidenten.

ada. Berlin. Wie das Volkswort erzählt, hat Reichsminister Dr. Stresemann dem Reichspräsidenten gestern Abend Bericht erstattet. Am heutigen Dienstag nachmittag findet unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten eine Sitzung des Reichskabinetts statt, die sich mit der außenpolitischen Lage allgemein beschäftigen wird.

Finanzminister Dr. Köhler über den Finanzausgleich.

ada. Berlin. Der Steuerausgleich des Reichstags begann am Montag die Beratung über das Finanzausgleichs-Provisorium, das bekanntlich für 1927 und 1928 in Geltung gesetzt werden soll.

Ministerialdirektor v. Scharf-Zachow wandte sich in längeren Ausführungen gegen den Antrag der Regierungsparteien, wonach aus dem Aufkommen an Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer in den beiden Jahren der Ubergangsregelung ein Betrag von 400 Millionen RM. nach dem Umlageverhältnis verteilt werden soll. Diese Verteilung bedeute hauptsächlich den ersten Schritt zur Einführung eines Lastenausgleichs unter den Ländern zu Lasten der Länder, der den Ländern den Rest ihrer Selbstständigkeit nehme und sie auf das Niveau von Gemeinden herabdrücke.

Der preussische Finanzminister Dr. Köpfer-Wolff betonte, daß die Umlage von 2,5 Milliarden nicht etwa ein „großes Geschenk“ an die Länder bedeute. Wenn der bisherige Zustand aufrechterhalten werden wolle mit seiner Lastenverteilung für die Umlage, würden die Länder noch mehr erhalten haben. Preußen habe durch Senkung der Gerichtskosten, Befreiung des Aufschlags zur Grunderwerbsteuer usw. eine Mindereinnahme von 130 Millionen, der, nach der gegenwärtigen Fassung des Finanzausgleichs, nur eine Mehrerhebung von 52 Millionen gegenüberüberlebe. Deshalb dürfe man sich nicht der Erwartung hingeben, daß etwa nach dem neuen Finanzausgleich die Länder an eine starke Senkung der Realsteuern herantreten könnten. Der Redner wünschte noch, daß die Betrücker nicht bestraft würden, weil damit in sehr vielen Industrie- und Gewerbebetrieben die Mäglichkeit schwände, die Gewerbesteuer herabzusetzen.

Abg. Dr. Gehr (Soz.) bezeichnete die Finanzausgleichsvorlage der Regierungsparteien als ein Kompromiß rein parteipolitischer Art, das namentlich Bayern zugute komme. Bayern sei anscheinend bereit, seine ganze Eigenständigkeit aufzugeben, wenn ihm dafür die Mittel geliefert werden, seine aufgeblassene Verwaltung, die längst über seine Mittel hinausgeht, nur eine Mehrerhebung von 52 Millionen gegenüberüberlebe. Deshalb dürfe man sich nicht der Erwartung hingeben, daß etwa nach dem neuen Finanzausgleich die Länder an eine starke Senkung der Realsteuern herantreten könnten. Der Redner wünschte noch, daß die Betrücker nicht bestraft würden, weil damit in sehr vielen Industrie- und Gewerbebetrieben die Mäglichkeit schwände, die Gewerbesteuer herabzusetzen.

Abg. Dr. Fischer-Röll (Dem.) lehnte namens seiner Fraktion die Finanzausgleichsvorlage ab. Er behauptete, daß nach seiner Meinung der Versuch unternommen sei, festzustellen, wie die Oppositionsparteien sich zu den Anträgen der Regierungsparteien stellen würden. In der jetzigen Vorlage sehe man nicht nur den Weg zum Föderalismus, sondern zu einem enghirnigen Partikularismus. Wenn der Finanzminister seinen Amtsvorgänger kritisierte wie sonst niemand, sei er auch verpflichtet, nun sein großes Zukunftsprogramm auseinanderzusetzen. Zum Schluss beantragt der Redner einen demokratischen Antrag auf Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer, beginnend mit einer Senkung von 10 auf 8 Prozent, besonders schärfend die Interessen des Mittelstandes und endend bei einem Steuersatz von 3,5 Prozent.

Abg. Becker-Dressen (DVP.) hob hervor, daß durchaus noch Gelegenheiten sei, die Anträge der Opposition sachlich zu beraten. Natürlich stelle die Vorlage ein Kompromiß unter den Regierungsparteien dar, und zwar ein solches, dem auch er nicht immer zu 100 Prozent zustimmen würde, dem aber sicher auch die Linksparteien zustimmen würden, wenn sie in der Regierungskoalition lägen. Für eine Senkung der direkten Steuern würde die DVP. nach wie vor mitkämpfen. Welche Kreise der Bevölkerung, die an sich für die Selbständigkeit der Länder einträten, kämen dazu, diese Aufstellung zu revidieren, wenn sie sähen, daß einzelne Länder nur noch durch Zuweisungen aus der Reichskasse, die ihre eigenen Steuererlöse weit übersteigen, existieren können. Für das Defizitprogramm des Finanzausgleichs würde man sich demnach sehr leicht verständigen.

Antunft Dr. Stresemanns in Berlin.

ada. Berlin. Gestern nachmittag 5 Uhr traf Reichsminister des Innern Dr. Stresemann in Begleitung von Staatssekretär v. Schubert und Ministerialdirektor Dr. Wand von Genf kommend wieder in Berlin ein. Im Namen des Herrn Reichskanzlers, sowie der Reichsregierung begrüßte Staatssekretär Dr. Müller die ankommenden Herren. Weiter hatten sich Ministerialdirektor Köpfer, Ministerialdirektor Dr. Behlin und andere Herren des auswärtigen Amtes auf dem Bahnhof eingefunden.

Rechtspflege und Presse.

ada. Berlin. Der neue preussische Justizminister Dr. Schmidt empfing gestern nachmittag führende Vertreter der Berliner Presse. Der Minister widmete zunächst der achtjährigen Amtstätigkeit seines Vorgängers Dr. am Behnhoff Worte ehrenden Gedankens und verbreitete sich sodann über die mancherlei Schwierigkeiten, die sich aus der verschiedenen Einstellung der Justiz einerseits und der Strafe andererseits in den Fragen der Schnelligkeit und Außerlichkeit der Sentenzen und der nächsten

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

verteidigte dann in längeren Ausführungen das Finanzausgleichs-Provisorium. Er bezeichnete es als großen Erfolg, daß es gelungen sei, den § 35 des Finanzausgleichsgesetzes in seiner gegenwärtigen Fassung zu erhalten und so nicht noch mehr die Pflicht zur Unterstützung leistungsfähiger Staaten in Anspruch genommen werden kann. Auch ist die Forderung der Länder, 90 Prozent aus der Einkommensteuer zu übernehmen, nicht berücksichtigt; es bleibe bei den 75 Prozent. Durch die Vermeidung der bisherigen Umlagegarantie habe das Reich 180 Millionen gespart. Der Minister wandte sich gegen „ wilde Parteilichkeit“ in der Frage des Finanzausgleichs, die etwas ganz anderes sei als etwa „Wahrung der Reichsinteressen“. Er behauptete, daß mit seinem Wort auf den neuen § 35 eingegangen sei, der aus der Phase des Lebens über eine Senkung der Realsteuern überlebe in die des Handelns. Am 1. Oktober solle ein Rahmengesetz herauskommen mit dem Ziele, die Verabreichung der Steuerlaste der Grund-, Gewerbe- und Grunderwerbsteuer herbeizuführen. Bei alledem müsse man sich aber auch um das Wohlfal der Länder kümmern, denn deren Eigenleben sei in der Verfassung von Weimar garantiert.

Der Minister verwahrte sich gegen die Vorwürfe, daß er besondere Verhandlungen mit süddeutschen Ländern geführt und seinen Amtsvorgänger angegriffen habe. Reichsminister sei unparteiisch. An dem Justizrecht für Länder und Gemeinden, dessen Schwierigkeiten bekannt seien, müsse die Reichsregierung zunächst festhalten. Ueber die Frage der Vermögenssteuer, der Vermögenswachstumssteuer und des Einzelwertes könne man erst endgültig bestimmen, wenn das Steuerjahr 1927 abgeschlossen ist und man einen besseren Überblick hat.

Die Beratungen über den endgültigen Finanzausgleich werden, während mit den Arbeiten für die Verwaltungsreform bereits begonnen ist, in den ersten Monaten 1927 eröffnet, damit den Ländern noch genügend Zeit zur Umstellung bleibt. Vorkünftig werde der provisorische Finanzausgleich mit seiner festen Regelung für zwei Jahre sowohl für die Privatwirtschaft, wie auch für Länder und Gemeinden beruhigend wirken.

Die Weiterberatung wurde dann auf Dienstag vertagt.

Berlin. (Funkpruch.) Der Steuerausgleich des Reichstags setzte heute die Beratung des vorläufigen Finanzausgleichs fort.

Abg. Kolbe (Wirtschaftsp.) lehnte die Verlängerung des Finanzausgleichs um 2 Jahre ab. Das höchste sei ein Jahr. Er forderte das Justizrecht für Länder und Gemeinden, damit diese wieder für ihre Finanzen verantwortlich werden. Die Gemeindebeitragssteuer müsse verschwinden. Die Realsteuer müsse in ein vernünftiges Verhältnis zur Einkommensteuer gebracht werden. Die Grunderwerbsteuer könne man um 8 bis 100 Millionen senken, wenn man sie nur zur Ermäßigung der Hypothekenzinsen verwende, wie dies bereits in Röhrl geschehe. Die Mieterhöhung müsse wenigstens zum Teil den Hauswirten zugute kommen. Die Wirtschaftspartei habe der Regierung das Vertrauen ausgesprochen, warum habe man sich dabei mit ihr nicht vorher über den Finanzausgleich verständigt?

Preussischer Finanzminister Dr. Köpfer-Wolff begrüßte den Gedanken, die Realsteuern zu senken, aber gerade in diesem Gesichtspunkte sei die Beteiligung der gemeinlichen Beitragssteuern als besonders bedenklich. Die bayerische Biersteuerentschädigung sei eine Reichsfrage. Die gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten Bayerns dürften nicht zu einer ungeduldeten Bevorzugung durch Zahlung einer unverhältnismäßig hohen ewigen Rente führen, wie sie das Kompromiß der Regierungsparteien vorschlägt. Nach Auffassung Preußens bedürfe die Erhöhung der Biersteuerentschädigung einer Zweidrittel-Mehrheit. Wenn das Reich bereit ist, den Ländern etwas zu geben, müsse Preußen auf eine gleichmäßige Behandlung und Berücksichtigung der Forderungen aller Länder entscheidendes Gewicht legen. (Die Sitzung dauert noch an.)

Sachlichkeit, der Neigung zur Volemie, von der sich der Richter freihalten muß, usw. ergeben. Die Beteiligung des Vertrauens gegen die Rechtspflege betrachtet der Minister als eine seiner wichtigsten Aufgaben. Der besseren Eühlung zwischen der Rechtspflege und der Presse sollen Pressestellen dienen, die bei der Justizverwaltung und bei den großen Gerichten eingerichtet werden sollen.

Rauscher erhält Instruktionen.

ada. Berlin. Mit der Gesamtdelegation zusammen ist der deutsche Vorkämpfer in Warschau, Rauscher, nach Berlin zurückgekehrt, um dort vor seiner Weiterreise nach Warschau neue Instruktionen des Reichskabinetts entgegenzunehmen. Vorkämpfer Rauscher wird sich voraussichtlich mehrere Tage in Berlin aufhalten, und in eingehenden Kreisen hören wir, daß die Regierung den Besuch des polnischen Außenministers Jaleski für wahrscheinlich hält. Da künftig die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen auf diplomatischem Wege geregelt werden sollen, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen und ihren Vertretern notwendig.